

2021 Landesmusikrat Berlin Musikpolitische Forderungen Antworten der Parteien



LANDESMUSIKRAT
BERLIN

musik für alle

<p>Wir.Sind.Kultur. Ohne Kultur keine Gesellschaft. Wir brauchen ein Kulturförderungsgesetz für Berlin! Abgeleitet aus Art. 20. Absatz 2 der Landesverfassung soll der gesellschaftliche Stellenwert von Kunst und Kultur in einem Gesetz ausgestaltet werden. Verbunden ist damit das Ziel der Herstellung stärkerer Transparenz, Verlässlichkeit und Beteiligung durch einen regelmäßigen und verbindlichen öffentlichen und parlamentarischen Diskurs über Kunst und Kultur.</p>					
SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AFD
Ja		Ja	Ja	Ja	Nein
<p>Für die Berliner SPD ist die Förderung von Kunst- und Kulturförderung kein Projekt auf Zeit, sondern eine Daueraufgabe und Teil der kulturellen Daseinsvorsorge. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Kultur- und Kunstförderlogik weiterentwickelt werden muss. Die SPD setzt sich dafür ein, sowohl</p>	<p>Aus Sicht der CDU Berlin ist eine gesetzliche Regelung unerlässlich, um einen verlässlichen Rahmen schaffen, welcher den Amateurbereich im Kontext der Kultur stärkt und gleichzeitig eine ausdifferenzierte gesetzliche Regelung für die Kulturförderung schafft.</p>	<p>Im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abgeordnetenhauswahl heißt es dazu: „Ein Berliner Kulturförderungsgesetz kann die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzlich verankern, den gesellschaftlichen Stellenwert von Kultur und den Künsten in unserer Stadt stärken und die bestehende</p>	<p>Die Idee eines Kulturförderungsgesetzes wollen wir mit den Verbänden, Kulturschaffenden und der Stadtgesellschaft diskutieren. Ein solches Gesetz macht dann Sinn, wenn Kulturförderung in Berlin dadurch verbindlicher, transparenter, inklusiver und widerstandsfähiger wird. Soll ein Kulturförderungsgesetz nicht</p>	<p>Ja. Die FDP begegnet der Diskussion um ein Kulturförderungsgesetz mit Sympathie, aber ohne Illusionen. Es kann seine Qualität entwickeln, wenn es nicht nur Leistungen definiert, sondern auch die Verbindlichkeit für die politisch Verantwortlichen, aber insbesondere auch die geförderten Institutionen</p>	<p>Der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses hat im August 2021 eine Anhörung zu dem Thema durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass bezüglich eines Kulturförderungsgesetzes noch viel juristischer und praktischer Klärungsbedarf besteht. Insofern die Kulturförderung unter dem Haushaltsvorbehalt steht,</p>

<p>die bestehenden und reichhaltigen kulturellen Infrastrukturen aufrechtzuerhalten als auch die Produktion künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen. Deshalb streben wir ein Kulturfördergesetz für Berlin an, das der Kunst- und Kulturförderung eine rechtliche und verlässliche Grundlage gibt, eine Neustrukturierung der Fördermaßnahmen vorsieht und das künstlerische Potenzial der Stadt nachhaltig weiterentwickelt. Dies würde sowohl den professionell arbeitenden Künstler:innen und Kurator:innen als auch den Kultur- und Kunstverbänden in Berlin zugutekommen. Auf Bundesebene wollen wir eine Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken hin zu inhaltlich strukturbildenden Maßnahmen und Im-</p>	<p>Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines Berliner Kulturgesetzbuches ein, welches explizit auch eine transparente und innovative Kulturförderung umfasst. Ziel unserer Initiative ist - insbesondere in den kommenden schwierigen Zeiten im Nachgang der Corona-Pandemie -, den Stellenwert und die Wichtigkeit der Kultur und ihrer Förderung für unsere Stadt festzuschreiben und den Akteuren eine solide und unbestreitbare Handlungsbasis zu verschaffen. Aufgaben der Kulturförderung müssen aus Sicht der CDU gesetzlich klar definiert sein, um mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Kulturschaffenden zu erreichen, insgesamt aber auch die Transparenz in diesem Bereich zu erhöhen. Grundlage</p>	<p>Fördersystematik innovativ weiterentwickeln.“ Auch wenn schon die Debatte als solche einen Mehrwert für die Kultur und Künste in der Stadt haben dürfte: Für uns GRÜNE ist ein Kulturfördergesetz kein Selbstzweck, sondern muss mit einer konkreten Besserstellung der Berliner Kulturarbeit und -förderung einhergehen, etwa durch die Einführung verbindlicher Standards und Finanzierungsgrundlagen.</p>	<p>allein eine gute Absicht deklarieren, sondern auch eine Schutzwirkung entfalten, muss es Mindeststandards bzw. Kennzahlen für die stadtweite und bezirkliche Infrastruktur definieren und entsprechend finanziell untersetzt sein. Eine Stärkung der strukturellen Rahmenbedingungen und des Berichtswesens kann aber auch außerhalb eines Gesetzes durch einen Kulturentwicklungsplan oder einen StepKultur erreicht werden. Unterstützenswerte Maßnahmen sind hier Kulturförderpläne und Kulturförderberichte wie auch die Wiedereinführung des jährlichen Kulturwirtschaftsberichts in Analogie zum jährlichen Monitoring des Bundes zur Kreativwirtschaft.</p>	<p>stärkt, deren spezifisches jeweiliges Profil gefragt ist. Jede gesetzgeberische Vorgabe wird sich aber bei der Haushaltsfestsetzung bewähren müssen, wenn sie wirksam über die bloße Versicherung von Wertschätzung und bester Absichten hinausgehen soll. Mehr Transparenz und breite Partizipation bieten die Chance, die Kulturförderung vor dem Odium willfähriger „Staatskunst“ nach politischem Gutdünken der zuständigen Senatsverwaltung zu bewahren.</p>	<p>hätte ein solches Gesetz ohnehin nur symbolische Wirkung. Zu beachten ist zudem, dass ein rechtlicher Anspruch auf Kulturförderung in der Rechtslehre vom Grundsatz her nicht bestritten wird: Das Bundesverfassungsgericht leitete aus Art. 5 Abs. 3 GG (Freiheit der Kunst) eine Staatszielbestimmung als „Kulturstaat“ und einen abstrakten Auftrag ab, „ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern“, d. h. der Staat muss der Kunst wohlwollend gegenüberstehen. Aus dieser Verpflichtung des Staates zur Kulturförderung ergibt sich allerdings nicht, in welcher Form und in welchem Umfang diese geleistet werden sollte. Die Debatte, ob Kultur freiwillige Aufgabe oder Pflichtaufgabe des Staates ist, wurde sehr generell geführt, ohne</p>
--	---	---	---	--	---

<p>puls. Die SPD strebt deshalb weiterhin einen Förderansatz an, der die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstler:innen stärker in den Blick nimmt und künstlerische Biografien ermöglicht (z.B. durch Basisförderung, Residenzförderung, Langzeitstipendien, Kulturaustauschstipendien etc.), gleichzeitig aber auch eine Einbettung der Künstler:innenförderung in die Strukturförderung in Form von starken Kunstzentren, Ensemblebildungen und kuratierten Kunsteinrichtungen vorsieht.</p>	<p>der Kulturförderung des Landes Berlin soll daher zukünftig der für die Dauer einer Legislaturperiode geltende Kulturförderplan sein, welcher die Ziele, Entwicklungsperspektiven und Schwerpunkte konkretisieren sowie Handlungsfelder und Angaben zu den Handlungsfeldern sowie zu den geplanten Ausgaben machen soll. Um ein Höchstmaß an Transparenz sicherzustellen, ist ein jährlicher Kulturförderbericht geplant, in dem die Fördermaßnahmen in ihrer Gesamtheit und ihren Zusammenhängen dargestellt werden sollen. Am Ende einer jeden Legislaturperiode ist ein Landeskulturbericht vorgesehen, der zur Umsetzung des zu Beginn der Wahlperiode aufgestellten Kulturförderplans, zur Angebots- und Nachfrageentwicklung sowie zur Lage der</p>				<p>dass auf die einzelnen Kulturaufgaben differenziert eingegangen worden ist. Die AfD möchte grundsätzlicher über Kulturförderung sprechen und die strategische Ausrichtung diskutieren.</p>
---	---	--	--	--	---

	<p>Kultur Berlins insgesamt berichtet und Stellung nimmt. Dieser Bericht soll auch mögliche Schlussfolgerungen für künftige Schwerpunkte der Kulturförderung darstellen. Eine regelmäßige Evaluation der Förderung und die damit einhergehende Überprüfung der Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit dieser, aber auch ein regelmäßiger Dialog mit den Kulturschaffenden über die Ziele und Wirksamkeit der Kulturförderung des Landes sind aus unserer Sicht unerlässlich und daher in einem von uns geforderten Kulturgesetzbuch zu fixieren.</p>				
--	--	--	--	--	--

Ein Klares Bekenntnis zur Kultur in den kommenden Haushalten

Die Finanzplanungen für 2022/23 müssen im Kulturbereich mindestens auf dem Niveau des Haushaltsjahrs 2021 sein.

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AFD
Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
<p>Die Berliner SPD setzt sich seit Jahrzehnten für eine vielfältige, ausreichend finanzierte und starke Kulturlandschaft in Berlin ein und wird dies auch weiterhin tun. Insgesamt haben wir den Etat Mittel zur Kunst- und Kulturförderung von 520 Mio. Euro in 2016 auf knapp 680 Mio. Euro in 2021 aufgestockt und damit verdeutlicht, dass wir mit institutioneller Zuwendung kulturelle und künstlerische Arbeit in Berlin in über 70 Kultureinrichtungen sowie in einer Vielzahl unabhängiger Kunst- und Kulturinitiativen unterstützen. Wir</p>	<p>Aus Sicht der CDU sind Kunst und Kultur kein Luxus, welchen wir uns in wirtschaftlich guten Zeiten leisten wollen. Vielmehr hat aus unserer Sicht gerade die Corona-Krise gezeigt, wie elementar Kultur für unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben ist. Aus diesem Grund werden wir uns, auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Mindereinnahmen und den daraus resultierenden engeren Spielräumen, für eine auskömmliche Finanzierung von Kunst und Kultur und den Erhalt bestehender Strukturen wie den Musikschulen Berlins einsetzen.</p>	<p>Diese Antwort schließt neben der Fortschreibung des Kulturhaushalts auf Landesebene auch die Höhe der Zuweisungen an die Bezirke für deren Kulturarbeit sowie die realen Ausgaben gemäß der bezirklichen Haushaltspläne ein.</p>	<p>DIE LINKE. hat sich bereits seit Beginn der Legislaturperiode dafür eingesetzt, dass Kultur als Lebensmittel besser finanziert wird. Und das mit Erfolg: Seit 2016 konnte der Kulturhaushalt bis 2021 von 464 Millionen Euro auf 609 Millionen Euro, d.h. um fast ein Drittel, gesteigert werden. Bei der Erarbeitung des Haushaltsentwurfes für den kommenden Doppelhaushalt 2022/23 haben wir uns dafür stark gemacht, dass trotz einer durch Corona stark belasteten Haushaltssituation im Kulturbereich mindestens das Niveau des Jahres 2021 gehalten wird. Mit dem vorgelegten Entwurf, der</p>	<p>Ja. Die Kulturlandschaft Berlins braucht eine belastbare Perspektive und Planungssicherheit. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 10. Mai 2021 darauf hingewiesen: „Der Kassensturz wird kommen – aber an der Bildung dürfen wir nicht sparen“. Die FDP möchte diesen Hinweis auf die Kultur ausweiten. Wir werben für einen realistischen Blick auf die Entwicklungsmöglichkeiten, die Berliner Haushaltspolitik, die die Folgen der Pandemie bewältigen soll, in den kommenden Jahren haben sollte. Wir sind mit dem Musikrat einig, dass die glaubwürdige Wertschätzung für Kultur sich</p>	<p>Die Kulturbetriebe in Berlin haben unter den staatlichen Corona-Maßnahmen besonders zu leiden. Der Staat muss nun auch Verantwortung für die Kulturbranche zeigen. Das reiche kulturelle Leben in Berlin hat sich über Jahrzehnte hin entwickelt. Was jahrelange Aufbauarbeit bedurfte, darf nicht einfach mit einem Handstreich zerstört werden. Der Rotstift sollte an anderen Stellen angesetzt werden.</p>

<p>haben zudem für mehr Personalmittel, Tarifbindung, Lohnangleichung und Honorarerhöhungen in der Kulturbranche gesorgt. Auch mit Blick auf die angespannte Krisensituation nach der Pandemie stellen wir in unserem Landeswahlprogramm klar: Mit der Berliner SPD wird es kein „Heraussparen“ aus der Krise geben. Unsere Antwort auf diese Herausforderung ist stattdessen eine Kulturoffensive, die eine Anschubfinanzierung über einen Sonderfonds bereitstellt, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Tanzstätten, Clubs und anderen Kulturräumen zu ermöglichen.</p>			<p>noch vom Abgeordnetenhaus beraten und beschlossen werden muss, kann die Finanzierung auf gleichem Niveau fortgeführt und können Tarifanpassungen vollzogen werden.</p>	<p>im Haushalt niederschlagen muss. Wir setzen unserer Prioritäten dabei im Wissen um die „Stadtrendite“, die das Kulturleben unserer Stadt bringt. Wir haben es auch in der Pandemie immer wieder verdeutlicht: Kultur ist ein Lebensmittel. Es dient der gesellschaftlichen Regeneration und Reflektion, dem geistigen, aber auch dem materiellen Wohlstand unserer Stadt. Wir wollen das Niveau der finanziellen Anstrengungen mindestens auf dem Niveau von 2021 halten.</p>	
--	--	--	---	--	--

Mehr Musik in der Schule!

Der Landesmusikrat Berlin fordert:

- durchgängig 2 Wochenstunden Musikunterricht durch Fachlehrkräfte (Kl. 1-10)
- Stärkung musikalischer Zusatzangebote (Wahlpflichtkurse, AGs und Ensembles)
- nachhaltige Steigerung der Schulmusik-Ausbildungskapazitäten an der Universität der Künste
- Zweifach-Lösung im Grundschullehramt Musik (De oder Ma + Mu anstelle von Ma + De + Mu) zur Attraktivitätssteigerung des Studienganges

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AFD
Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
Der Fach Musik in der Schule ist für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern besonders wichtig. Derzeit wird Musikunterricht an den allgemeinbildenden Schulen in Berlin bis zur 6. Klasse mit zwei Wochenstunden erteilt. Ab der 7. Klasse sind insgesamt zwei Wochenstunden für Musik und Kunst vorgesehen. Wir sind weiterhin bestrebt, die zwei wöchentlichen Musikstunden für alle Jahrgänge anzubieten. Sollte	Die CDU Berlin setzt sich für eine Stärkung der musikalischen Früherziehung sowie einen kontinuierlichen und qualitätsgesicherten Musikunterricht an den Schulen ein. Musikalische Zusatzangebote halten wir für eine sinnvolle und unverzichtbare Ergänzung. Ausreichend fachlich gut ausgebildete Lehrkräfte sind aus unserer Sicht die Voraussetzung für einen qualitätsgesicherten Unterricht. Den Anteil fachfremd erteilten	Die formulierten Ziele teilen wir GRÜNE. Das Prinzip der Stärkung der Hauptfächer in der Lehramtsausbildung an Grundschulen wollen wir gleichwohl beibehalten.	DIE LINKE kann Ihre Forderung nach durchgängig 2 Wochenstunden Musikunterricht in den Klassenstufen 1 bis 10, der durch Fachlehrkräfte erteilt wird, sehr gut nachvollziehen. Allerdings halten wir eine pauschale Erhöhung der Stundentafel für schwer umsetzbar: Zum einen, weil vergleichbare Wünsche auch aus anderen Fachgebieten aufgebracht wurden und die Stundentafel schon so voll ist, dass dann die Gefahr besteht, dass Schüler*innen mehr als	Im Prinzip Ja. Liberale wissen um die kreativen Potentiale und Bildungschancen, die Musikunterricht erschließt. Dabei geht es um weit mehr als die Entwicklung von Musikalität. Auch vermeintlich „talentlose“ Schülerinnen und Schüler profitieren von pädagogischen Effekten, die (gemeinsames) Musizieren und die Auseinandersetzung mit Musik erbringen. Wir wollen die Bildungsinhalte neu ordnen, priorisieren und fokussieren, damit	Die AfD unterstützt die Initiative „Mehr Musik in der Schule!“ Die Abgeordnetenhausfraktion der AfD hat dies in ihr Kulturkonzept aufgenommen und Schriftliche Anfragen dazu gestellt. In der neuen Wahlperiode wird die AfD das Thema weiterverfolgen.

<p>es in Anbetracht der personellen Ressourcen und Lehrkapazitäten gelingen, die 2 Stunden Musikunterricht pro Woche in den 7 bis 10 Klassen zu verlängern, wird die SPD Berlin diesen Weg unterstützen. Neben dem Regelmusikunterricht werden wir die bewährten Zusatzangebote unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Musizierens an den Schulen weiter ausbauen.</p>	<p>Musikunterrichts wollen wir daher deutlich senken. Die Universitäten haben ihre Ausbildungskapazitäten in den vergangenen Jahren bereits gesteigert. Es gilt nun vor allem, mehr geeignete Bewerberinnen und Bewerber für das Studium zu begeistern und die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte in Berlin, unter anderem durch die Wiedereinführung der Verbeamtung, deutlich zu verbessern. Wir setzen uns dafür ein, die Beratungsangebote an den Schulen auszubauen. Ohne die Qualitätsanforderungen abzusenken, wollen wir zudem prüfen, inwieweit sich Hürden im Zulassungsverfahren abbauen lassen, beispielsweise durch Vorbereitungskurse oder mehr zeitliche Flexibilität für Bewerberinnen und Bewerber.</p>		<p>einen 8-Studenten haben. Zum anderen, weil es nach wie vor an ausgebildeten Lehrkräften mangelt und es jetzt schon an vielen Schulen Lehrkräfte gibt, die das Fach Musik unterrichten, dafür aber nicht ausgebildet wurden. Wir möchten aber insbesondere die musikbetonten Schulen dazu ermutigen, an dieser Stelle die Spielräume zu nutzen, die ihnen das Berliner Schulgesetz in § 14 Absatz 4 bereits jetzt bietet und unter Beteiligung der Eltern selbstständig die Anzahl der Wochenstunden für den Musikunterricht zu erhöhen. Außerdem würden wir es sehr begrüßen, wenn sich noch mehr Schulen für eine solche pädagogische Schwerpunktsetzung entscheiden würden.</p> <p>Zu 2.: Ihre Forderung nach einer Stärkung musikalischer</p>	<p>die unerlässlichen Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) gestärkt werden und auch Raum für die kulturelle Bildung, die musischen und schöpferischen Potentiale der Schülerinnen und Schüler entsteht. Musikalische Zusatzangebote sind dabei sicher hilfreich. Berlin braucht auch in der Ausbildung für die Schulmusik mehr eigene Ausbildungskapazitäten und darf sich nicht darauf verlassen, davon zu profitieren, dass jenseits der Stadtgrenze möglicherweise mehr in die Ausbildung von Lehrpersonal für Musik investiert wird.</p> <p>Wir sind für die Diskussion neuer Ansätze in der Gestaltung der Ausbildung für das Grundschullehramt Musik offen. Wir wollen den Einstieg in den Lehrerberuf attraktiver machen und pädagogisch qualifizierten Kräften, die ggf. auch nur über</p>	
--	--	--	---	---	--

			<p>Zusatzangebote in Form von Wahlpflichtkursen, AGs oder Ensembles teilen wir vollumfänglich. Insbesondere der schulische Ganztag und die Kooperation mit Externen wie Musikschulen, Initiativen und Vereinen und auch mit Musiker*innen bieten hier aus unserer Sicht viele Chancen, die wir dringend unterstützen wollen.</p> <p>Zu 3.: DIE LINKE befürwortet eine Steigerung der Ausbildungskapazitäten für Schulmusik an der Universität der Künste ausdrücklich. Außerdem gilt es zu prüfen, warum gegenwärtig nicht alle zur Verfügung stehenden Plätze tatsächlich belegt werden können und ggfs. Abhilfe zu schaffen.</p> <p>Zu 4.: Aus Sicht der LINKEN bedeutet das insbesondere,</p>	<p>eine Ein-Fach-Qualifikation verfügen, den Quereinstieg in den Schuldienst erleichtern. Um die Durchlässigkeit des Systems zu erhöhen, soll die Eingruppierung und Bezahlung der Lehrkräfte sich nach der tatsächlich erbrachten Leistung richten.</p>	
--	--	--	--	--	--

			<p>für das Grundschullehramt Musik, wie von Ihnen vorgeschlagen, eine Zweifachlösung und damit eine Ausnahme von der im Lehrkräftebildungsgesetz vorgesehenen Regelausbildung für das Lehramt an Grundschulen zu schaffen. Dafür haben wir uns bereits während der Reform des Berliner Lehrkräftebildungsgesetzes in der vorigen Wahlperiode unter SPD/CDU-Koalition vehement eingesetzt.</p>		
--	--	--	---	--	--

Musikschulen zukunftsfähig machen!

Der Landesmusikrat Berlin fordert für die Musikschulen:

- volle Umsetzung der Honorarerhöhung und bessere soziale Absicherung für die freien Honorarkräfte an den Musikschulen
- mindestens 9 volle Stellen pro Musikschule für musikpädagogisches Management
- Stufenplan mit dem Ziel 80% Festanstellungen bis 2025 und
- mehr Räume für Musikunterricht und Musikschulen

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AFD
Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
<p>Außerschulische Angebote zur musikalischen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen finden überwiegend an den bezirklichen Musikschulen statt. Die Berliner SPD wird sich weiterhin für eine starke Musikschullandschaft einsetzen, die auch der Kulturhauptstadt Berlin entspricht. So werden weiterhin die musikalischen Bildungsangebote durch qualifizierte Fachkräfte in allen Berliner Bezirken sicherstellen und möglichst vielen Lehrkräften</p>	<p>Die Musikschulen Berlins sind unverzichtbare Träger der musischen Bildung vor Ort, die auskömmlich gefördert werden müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Unterrichtsmittel, z.B. Notenblätter oder Leihinstrumente, berlinweit einheitlich in auskömmlichem Umfang kostenfrei vorgehalten werden können. Eine der Ausbildung und Leistung der Musikschullehrer angemessene Honorarordnung ist zu erarbeiten.</p>	<p>Wir GRÜNE wollen das fortsetzen, was wir in dieser Legislaturperiode begonnen haben: Sei es die weitere Steigerung des Anteils der festangestellten Musikschullehrer*innen, sei es eine bessere Entlohnung der Honorarkräfte. Das dürfte angesichts der Mindereinnahmen der öffentlichen Hand infolge der Corona-Pandemie in den nächsten beiden Jahren kein einfaches Unterfangen sein. Hohe Priorität hat für uns auch die Sicherung</p>	<p>DIE LINKE. hat sich in der laufenden Legislaturperiode mit großem Engagement für verbesserte Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung an den Berliner Musikschulen eingesetzt. So konnten wir Honorarerhöhungen mit Angleichung an den Bundesdurchschnitt für die freien Musikschullehrkräfte durchsetzen und die Anzahl der festangestellten Lehrkräfte um 15 % erhöhen. Wir verfolgen auch weiterhin das Ziel,</p>	<p>Die FDP ist immer für leistungsgerechte Honorare für Selbständige und die „freien Berufe“ eingetreten. Bei deren Honoraranpassung für freie Mitarbeiter der Musikschulen ist die Politik in der Pflicht. Die FDP tritt für eine bessere soziale Absicherung von Selbständigen ein, die auf Bundesebene zu regeln ist. Unter anderem soll nach Ansicht der Liberalen das Statusfeststellungsverfahren in der Rentenversicherung reformiert werden, da das derzeitige</p>	<p>Die musische Erziehung unserer Kinder ist der AfD ein wichtiges Anliegen. Dazu gehört es auch, faire und angemessene Arbeitsbedingungen für die Musikschullehrer zu schaffen. Die Erhöhung der Feststellungsquote an den Musikschulen auf 20 % des Personals kann nur ein Zwischenschritt sein, denn im Bundesvergleich liegt Berlin noch immer weit zurück. Auch die geplanten Tarifierhöhungen für festangestellte Musikschullehrer sind nur ein</p>

<p>die Chance auf eine Festanstellung geben, wenn sie sich für diesen Weg entscheiden. Nachdem wir uns erfolgreich für die Erhöhung des Anteils der festangestellten Musikschullehrer:innen durchgesetzt haben, haben wir uns dafür eingesetzt in dieser Legislatur Periode, Honorare von freien Musikschullehrer:innen zu erhöhen. Mit Beschlussfassung des Berliner Doppelhaushalts 2018/19 standen den Bezirken Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro für knapp 105 Beschäftigungspositionen für Festanstellung von Musikschullehrer:innen zur Verfügung. Mit dem darauffolgenden Doppelhaushalt wurden auch Mittel für die Erhöhung von Honoraren für Musikschullehrer:innen bereitgestellt. Für das Jahr 2020 handelt es sich um Mittel in Höhe von 2,2 Mio. Euro,</p>	<p>Wie im Bereich des Sports müssen auch für den Bereich der Amateurmusik kostenfreie Proberäume etwa in den Bezirken zur Verfügung gestellt und durch zentrale Vergabestellen koordiniert werden. Unerlässlich ist hierfür aus Sicht der CDU die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Land, Bezirken aber auch landeseigenen Unternehmen bei der Evaluierung und Bereitstellung verfügbarer Räume zur kurz- aber auch langfristigen Nutzung etwa als Ateliers. Ebenso sind als strukturelle Förderungen im Bereich der Amateurmusik kostengünstige Auftrittsmöglichkeiten in Konzertsälen vorzusehen. Insgesamt ist eine Quote an Räumen für die Kultur im Bereich der Stadtentwicklung bei Neu- oder Ausbauten des</p>	<p>und Schaffung von künstlerischen Produktions- und Präsentationsorten. Wir wollen die Raumbedarfe von Musikschulen bei der Planung und dem Bau der neuen Stadtquartiere von Anfang an mitberücksichtigen. Im grünen Wahlprogramm heißt es ferner: „Außerdem wollen wir sonstige öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer Kulturnutzung öffnen: Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner Verwaltung können geeignet sein, außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und Aufführungsorte zu fungieren - und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für die bezirkliche Musikschule, Ateliers, Proberäume, Orte der Erinnerungskultur</p>	<p>die Anzahl der Festanstellungen an den Musikschulen kontinuierlich weiter zu erhöhen und streben in der kommenden Wahlperiode mindestens 35 % Festanstellungen in den Berliner Musikschulen an. 80 % Festanstellungen teilen wir als längerfristige Forderung, denn die Umsetzung bis 2025 würde besonders unter den finanziellen Folgen für Berlin, die sich aus Corona ergeben, unsere Möglichkeiten übersteigen und hätte Kürzungen an anderen Stellen zur Folge. Unbedingt unterstützen wir die Forderung für eine bessere soziale Absicherung der Honorarkräfte! Durch Umnutzung von Landesliegenschaften, Ankäufe und langfristige Anmietungen wollen wir Kulturräume zu bezahlbaren Mieten gewinnen und langfristig mehr Räume in Landeseigentum überführen. Wir wollen</p>	<p>Verfahren intransparent und langwierig ist. Ferner sollen Selbstständige in eine allgemeine Pflicht zur Altersvorsorge einbezogen werden, dabei jedoch die Freiheit haben, die Form ihrer Vorsorge selbst zu wählen. Die Pflicht zur Altersvorsorge solle sich dabei auf eine Basisabsicherung beschränken. In der gesetzlichen Krankenversicherung müssten faire Versicherungsbeiträge für Selbstständige geschaffen werden und die freiwillige Versicherung in der Arbeitslosenversicherung weiter geöffnet werden. Dieser Fortentwicklung der sozialen Absicherung wird nicht ohne Einfluss auf die Vertragsvereinbarungen zu wettbewerbsfähigen Entgelt-Konditionen mit Honorarkräften bleiben. Der Senat hat das Konzept „Musikschule 2025“ grundsätzlich</p>	<p>kleiner Schritt zur Anerkennung der Leistungen bei der musikalischen Nachwuchsförderung. Auch für die verbleibenden freien Honorarkräfte müssen annehmbare Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden. Überdies ist das „Sockel-Flex-Modell“, das die AfD-Fraktion rechtlich hat prüfen lassen, eine Option.</p>
--	---	--	---	---	---

<p>für das Jahr 2021 wurden Mittel in Höhe von 6,5 Mio. Euro zur Finanzierung der Erhöhung der Honorare in zwei Honorarstufen zur Verfügung gestellt. Zur Unterstützung der bezirklichen Musikschulen hat der Berliner Senat unter Führung der SPD die Servicestelle für die Berliner Musikschulen geschaffen. Dazu gehört die Mittelausstattung in Höhe von 650.000 Euro, damit die Servicestelle ihre Arbeit aufnehmen kann. Die Servicestelle soll sich den Aufgaben widmen, die sich in den Musikschulen der Bezirke gleichen, um Synergien zu stiften. Sie soll sowohl Entlastung als auch Unterstützung in zentralen Services bieten, ohne den Charakter der Musikschulen als bezirkliche Einrichtungen zu berühren.</p>	<p>öffentlichen Dienstes oder Schulen anzustreben, damit auch perspektivisch Kunst und Kultur der gesamten Stadtgesellschaft vor Ort zur Verfügung stehen kann.</p>	<p>oder die Jugendkunstschule entstehen.“</p>	<p>die Berücksichtigung des Kulturbereichs – insbesondere von Bibliotheken, Musikschulen, kleinen Spielstätten, aber auch Arbeitsräumen – in den Konzepten zur Entwicklung der Sozialen Infrastruktur (SIKo) in allen Bezirken. Bei der Erstellung dieser Konzepte ist die verpflichtende Einbindung der bezirklichen Ämter insgesamt zu etablieren. Grundlage dafür ist, verbindliche Mindeststandards für alle Bereiche der bezirklichen Kultur zu entwickeln und durchzusetzen, wie es beispielhaft bereits bei Bibliotheken und Musikschulen begonnen wurde. Auch beim Schulneubau müssen Räume für Kultur, darunter auch für Musikschulen, mitgeplant werden. Es ist unser Ziel, den Bestand an Arbeits- und Produktionsräumen für</p>	<p>begrüßt. (siehe Anfrage Stefan Förster Drucksache 18/23959) Die Umsetzung in den kommenden Haushalten liegt aber in der Hand des nach der Abgeordnetenhauswahl im Herbst neu zu bildenden Senats. In der Diskussion um den Mittelleinsatz ambitionierter Feststellungsziele wird die Prioritätensetzung in den Haushaltsberatungen zeigen müssen, ob das gesetzte Zeitziel 2025 erreicht werden kann. Das Ziel von mindestens 9 Stellen pädagogisches Management hieße für die Bezirke gegenüber dem Ist-Stand eine rechnerische Erhöhung des finanziellen Einsatzes um durchschnittlich 50 Prozent. Das ist vor dem Hintergrund der Erwartungen an die Post-Corona-Haushalte eine sportliche Zielmarke. Das wurde auch in der Anhörung des Abgeordnetenhauses am 26. April deutlich.</p>	
---	---	---	---	--	--

			<p>Künstler*innen auf insgesamt 4000 zu erhöhen.</p>	<p>Die Meinungsbildung zu den damit einhergehenden Mehrausgaben ist in der FDP noch nicht abgeschlossen.</p> <p>Die FDP im Abgeordnetenhaus hat den Senat immer wieder - erst recht unter dem Eindruck der Pandemie - darauf hingewiesen, mehr Initiative, Fantasie und Kreativität bei der Erschließung nutzbarer Räume für schulische Angebote zu entwickeln. Die Bedürfnisse der Musikpädagogik könnten bei der Konzeption von Schulneubauten stärker mitgedacht werden.</p> <p>Die Quartiers- und Stadtentwicklung muss die kulturellen Belange im Blick haben, um Lebensqualität in kultureller Vielfalt zu sichern. Hier können insbesondere neue Projekte staatlicher, aber auch genossenschaftlicher und selbst privater Wohnungsbaugesellschaften für die Entwicklung</p>	
--	--	--	--	--	--

				„dritter Orte“ und neuer Räume zur vielfältigen kulturellen Nutzung gewonnen und zur entsprechenden Selbstverpflichtung und Flächenbindung motiviert werden.	
--	--	--	--	--	--

Digitalisierung im Kulturbereich fördern und gestalten

- Schaffung von Förderprogrammen für die digitale Transformation des Kulturbereiches
- Einbindung der Akteurinnen und Akteure in die Gestaltung der Transformation, damit diese fairer, transparenter und diverser wird

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AFD
Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
Die Digitalisierung stellt für den Berliner Kulturbereich Herausforderung sowie Chance zugleich dar. Die große Herausforderung besteht insbesondere in ökonomischer Hinsicht. Durch eine zunehmende Abwanderung von Kultur auf digitale Kanäle geht Wertschöpfung verloren; finanzielle Einbußen sind die Folge. Gleichzeitig entstehen	Kunst und Kultur können im 21. Jahrhundert nur mit zeitgemäßer Technologie und digitaler Infrastruktur ein wichtiger, präsender und erlebbarer Bestandteil des alltäglichen Lebens bleiben. Die Corona-Krise hat jedoch einmal mehr deutlich gemacht, wie schlecht es um die digitale Infrastruktur der Berliner Kulturinstitutionen	Erste Ansätze in diesem Sinne gibt es bereits: Wir GRÜNE wollen Beratungsangebote und Pilotprojekte, wie sie u.a. in Zusammenarbeit mit der Technologiestiftung Berlin in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurden, weiterentwickeln. Die noch für dieses Jahr geplante, neue Servicestelle für	Die Digitalisierung im Kulturbereich eröffnet neue Chancen für kulturelle Teilhabe, für kulturelle Bildung und Kulturvermittlung. Das verstärkte digitale Arbeiten infolge der Krise hat neue Möglichkeiten kultureller Produktion und Präsentation aufgezeigt. Wir wollen die neu entstandenen Formate und die Erfahrungen der Institutionen und der	Die Pandemie war ein Katalysator für die Digitalisierung in Wirtschaft, Bildung und Kultur. Sie hat die infrastrukturellen Defizite und konzeptionellen Chancen, aber auch die Grenzen der Digitalisierung verdeutlicht. Auch im Bereich der musikalischen Bildung mussten sich die digitalen Möglichkeiten zur Arbeit unter den Bedingungen der Pandemie behaupten. Kunst	Der Kulturbetrieb steht mit neuen Angeboten wie Netflix in Konkurrenz um die Aufmerksamkeit des Publikums. Diese neuen Formate üben einen Veränderungsdruck auf den Kulturbetrieb aus. Ein Beispiel: Weniger als die Hälfte der 322 Berliner Kultureinrichtungen verwendet auf ihren Internetseiten Metatags, noch weniger nutzen

<p>durch die digitalen Technologien, verbunden mit innovativen Geschäftsmodellen und Konzepten, neue Möglichkeiten hinsichtlich der Schaffung, Verbreitung, Verwertung und Öffnung des Kulturbereichs hin zu einem größeren Nutzer:innenkreis. Die Berliner SPD wird die Entwicklung des Digitalen als künstlerischen Raum stärken und digitale Kunstprojekte fördern. Auch im Bund wollen wir Entwicklungsimpulse setzen. Wir werden die Kultureinrichtungen an gigabitfähige Netze anbinden und ihnen digitale Infrastrukturen ermöglichen. Wir werden die Produktion und Verbreitung kultureller Inhalte fördern, indem wir die Digitalisierung von Mediatheken vorantreiben und unser kulturelles Erbe sichern und besser zugänglich machen.</p>	<p>bestellt ist - doch die Probleme bestehen nicht erst seit einem Jahr. Aus diesem Grund bildet die Förderung der Digitalisierung der Kulturlandschaft Berlins seit Jahren einen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik. Nicht nur, dass sich die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bereits in den letzten Haushaltsberatungen dafür eingesetzt hat, die Investitionen in die digitale Ausstattung um zusätzliche 5 Millionen Euro zu erhöhen, auch ist die Förderung von Digitalität ein zentrales Anliegen welches wir mit der Schaffung eines Kulturgesetzbuches für Berlin umsetzen wollen.</p>	<p>die bezirklichen Musikschulen muss dabei eine zentrale Rolle spielen.</p>	<p>Freien Szene sichern und weiterentwickeln. Einen ersten Schritt haben wir mit dem neuen Innovationsfonds für digitale Entwicklung im Kulturbereich gemacht. Wir werden prüfen, wie zusätzlich der Ausbau digitaler Infrastruktur unterstützt werden kann. Im Dialog mit Einrichtungen und mit der Freien Szene sollen Kooperationsmöglichkeiten entwickelt werden, die der ungleichen Ressourcenverteilung in Bezug auf Hardware, Software und Expertise entgegenwirken. Mit der Verstärkung des Forschungs- und Kompetenzzentrums Digitalisierung Berlin (digiS) und der Etablierung von kulturBdigital sowie der begonnenen Stärkung unserer Kultureinrichtungen haben wir in der aktuellen Legislaturperiode eine gute Grundlage geschaffen, auf der wir weiter aufbauen</p>	<p>und Kultur haben hier viel kreative Impulse gegeben. Theater und Konzertensembles, aber auch Museen und Galerien haben interessante Beispiele geliefert, wie sie ihr kulturelles Programm digital vermitteln. All das kann das unmittelbare Erleben, den Kontakt zwischen Ausführenden und Publikum nur unzureichend ersetzen. Bildung braucht aber vor allem auch Bindung und den unmittelbaren, nicht nur technisch vermittelten Austausch zwischen den Kräften der Musikpädagogik und ihren anvertrauten Schülerinnen und Schülern. Deshalb ist der Prozess der digitalen Transformation für Bildung und Kultur im Wissen um seine Vorteile (wie etwa die örtliche und eingeschränkt auch zeitliche Unabhängigkeit) und seine Nachteile (stabiles Netz und störungsfreie technische Ausstattung) zu erörtern.</p>	<p>Analysertools, um etwas über die Nutzer zu erfahren. Die AfD fordert darum ein Förderprogramm zur Digitalisierung in Kultureinrichtungen im Land Berlin. Ziel soll es sein, das Angebot von Kultureinrichtungen durch Digitalisierung zu modernisieren: Digitale Infrastruktur muss geplant, angeschafft und implementiert werden. Die Mitarbeiterschaft muss zum Thema Digitalisierung geschult werden.</p>
--	---	--	--	---	---

<p>Nicht zuletzt werden wir auch die Entwicklung digitaler Kulturveranstaltungen und Erlösmodelle durch Netzwerke, Beratung und finanzielle Mittel aktiv unterstützen.</p>			<p>wollen. Die zentrale Vernetzungsplattform kulturBdigital soll als spartenübergreifendes Wissenstransfer-Netzwerk ausgebaut werden und Software-Ressourcen bereitstellen. Mit Kultur Digital Barrierefrei (KuDiBa) wollen wir den Ausbau von inklusiven Kulturangeboten unterstützen.</p>	<p>Das darf nicht über die Köpfe der Handelnden hinweg geschehen, wenn deren Know-how in der Musikvermittlung zur Geltung kommen soll. Wir treten hier für eine breite Diskussion ein, die bereits allenthalben im Gang ist. Die Politik muss hier den Ausgleich der Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten organisieren und sicherstellen.</p> <p>Wir werben dafür, die Lernplattformen, die sich in der Pandemie bewähren mussten und entwickelt haben, zu evaluieren und mit zertifizierten Inhalten für Lehrenden und Lernende nutzbar zu machen. Die Lehrkräfte sollen sich daraus auch im Präsenzunterricht bedienen können und durch gesichertes Feedback im laufenden Gebrauch zur Verbesserung der Unterrichtsmittel beitragen. Unabhängig von der Frage, inwieweit die Digitalisierung den</p>	
--	--	--	---	--	--

				<p>unmittelbaren Unterricht bereichern kann, bietet die Digitalisierung wohl auch im Bereich der Bildung weitere Chancen zur Vereinfachung notwendiger administrativer Prozesse.</p> <p>Die bereitgestellten Bundesmittel für den Digitalpakt Bildung waren nach allgemeiner Einschätzung nicht zu gering, sondern aufgrund bürokratischer Erfordernisse nicht schnell genug zur Problembhebung nutzbar.</p>	
--	--	--	--	--	--

Institutionelle Förderung für den Landesmusikrat Berlin und seine Projekte <ul style="list-style-type: none"> • sichere und nachhaltige Finanzierung des Landesmusikrats Berlin e.V. • eigene Haushaltstitel für Projekte wie Jugend musiziert Berlin und das Berliner Jugendjazzorchester 					
SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AFD
Ja		Ja	Ja	Ja	Ja
<p>Die Berliner SPD bekennt sich zum Berliner Landesmusikrat als Schlüsselpartner bei der Erfüllung des musikpädagogischen Auftrages des Landes Berlin, der Förderung des Musikernachwuchses und dem Ausbau der musikalischen Erwachsenenbildung in der Kulturhauptstadt. Für die SPD Berlin ist die Sicherstellung einer auskömmlichen Basisfinanzierung für den Landesmusikrat ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Daseinsvorsorge in Berlin. So ist es uns in den letzten Jahren gelungen, den Mitteleinsatz in allen Haushaltplänen</p>	<p>Der Landesmusikrat hat sich zu einem wichtigen Akteur und einer wichtigen Stimme in der Berliner Kultur- und Musikszene entwickelt. Wir heißen daher auch eine weitere Unterstützung der Finanzierung für gut. Vor dem Hintergrund der Unwägbarkeiten der Folgen der Corona-Pandemie für den Kulturhaushalt lassen sich Aussagen zur Schaffung von neuen Haushaltstiteln aus jetziger Sicht kaum seriös beantworten. Zum grundsätzlichen Stellenwert der Kulturförderung auch und gerade</p>	<p>Eine separate Ausweisung der Fördermittel für „Jugend musiziert Berlin“ und das „Berliner Jugendjazzorchester“ im Haushaltsplan der Kulturverwaltung ist zweifelsohne sinnvoll - im Sinne der Transparenz, aber auch als Ausdruck der kulturpolitischen Wertschätzung der genannten Institutionen. Ein „eigener Haushaltstitel“ ist dafür aber nicht zwingend und wäre haushaltstechnisch auch eher ungewöhnlich. Hier bietet sich wie in anderen, vergleichbaren Fällen eher ein Teilansatz oder eine verbindliche Erläuterung an.</p>	<p>Die Mittel für den Landesmusikrat im Landeshaushalt des Einzelplans 8 (Kultur) müssen weiter gesichert werden. Eigene Haushaltstitel für „Jugend musiziert“ und das Berliner Jugendjazzorchester sollten im Einzelplan 10 (Bildung, Jugend und Familie) eingerichtet werden. Das wird DIE LINKE. unterstützen.</p>	<p>Wir sehen und unterstützen das Anliegen des Landesmusikrats, den Haushaltsansatz zu seiner Förderung zu verstetigen. Die FDP tritt für eine ergebnisoffene wie ehrliche Diskussion über weitere Förderwünsche ein. Sie muss aber jenseits des Wünschenswerten am Machbaren ausgerichtet sein. Jede Förderstruktur lebt von ihrer dauerhaft tragfähigen Finanzierung, die sich in einer gemeinwohlorientierten Diskussion der öffentlichen Belange - erst recht unter den Rahmenbedingungen einer Pandemie - im Wettbewerb mit den gesundheitlichen, sozialen</p>	<p>Die AfD wird sich in der Beratung zum Haushalt 2022/23 dafür einsetzen, dass eine sichere und nachhaltige Finanzierung des Landesmusikrats Berlin e.V. geschaffen wird und Projekte wie Jugend musiziert Berlin und das Berliner Jugendjazzorchester über eigene Haushaltstitel (oder Teilansätze) im Haushalt sichtbar sind.</p>

<p>stets sicherzustellen und bei Bedarf aufzustocken. Mit unserer Forderung eines Kulturfördergesetzes für Berlin kommen wir einer zentralen Forderung des Landesmusikrats nach und setzen uns für eine nachhaltige und solide institutionelle Förderung der Berliner Kultur- und Kunstverbände ein.</p>	<p>in Krisenzeiten verweisen wir auf unsere obige Antwort.</p>			<p>und pädagogischen Grundbedürfnissen behaupten und rechtfertigen muss.</p>	
--	--	--	--	--	--